

Presseerklärung des Aktionsbündnisses für bezahlbaren Wohnraum Frankfurt Main

Das Aktionsbündnis für bezahlbaren Wohnraum will Widerstände gegen die unsoziale Wohnungspolitik bündeln, Informationen austauschen und gemeinsame Aktionen organisieren.

Wir sind ein Zusammenschluss von Frankfurter Mieterinitiativen, Mietervereinen und Stadtteilgruppen u.a. Zu den anstehenden Koalitionsverhandlungen von CDU und Grünen über die Bildung einer hessischen Landesregierung haben wir folgende **wohnungspolitische Forderungen:**

- a. Erhöhung der Mittel für geförderten Wohnungsbau (1. Förderweg)
- b. Kein Verkauf öffentlicher Wohnungen oder von Anteilen an Wohnungsbaugesellschaften
- c. Wiedereinführung des Wohnraumzweckentfremdungsverbots (auch gegen Leerstand)
- d. Anhebung der auf fünf Jahre gekürzten Schutzfrist vor Eigenbedarfskündigung nach Wohnungsumwandlungen auf wieder zehn Jahre (§ 577 a Abs. 2 BGB)
- e. Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen (§ 558 Abs. 3 Satz 2 BGB) von alle 3 Jahre 20% auf (alle 3 Jahre) 15%
- f. Ermächtigung der Gemeinden zur Einrichtung eines Umwandlungsverbots in Milieuschutzsatzungsgebieten (§172 Abs 1 Satz 1 Ziff. 2 und Satz 4 Baugesetzbuch)

Am Montag, den 9. Dezember 2013, stehen Ihnen ab 15.30 Uhr im

Cafe Nussknacker, Inhaberin Frau Dr. Hannelore Kraus,
Karlsruher Straße 5,
60329 Frankfurt

zur Verfügung:

Herr Jürgen Lutz, Geschäftsführer des Mietervereins MIETER HELFEN MIETERN
Telefon 069 283548
und Herr Günther Schmidt, Sprecher des „Aktionsbündnisses bezahlbarer Wohnraum“
Telefon 0171 3633622.